

Schwerpunkt: Können Demokratien sparen?

Stefan Wurster

Sparen Demokratien leichter? – Die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik von Demokratien und Autokratien im Vergleich

Zusammenfassung

Der Beitrag versucht die fiskalische Nachhaltigkeitsbilanz demokratisch sowie autokratisch verfasster Staaten anhand unterschiedlicher Performanzindikatoren (Kreditwürdigkeit, Zahlungsausfälle, Staatsverschuldung, Auslandsvermögen) zu erfassen und darüber hinaus zu klären, inwieweit die Regimetypausprägung einen Einfluss auf die Konsolidierungsanstrengungen in einem Land hat. Die Untersuchung fördert dabei zwei Kernerkenntnisse zu Tage. Während es den Demokratien in der Vergangenheit deutlich besser als ihren autokratischen Pendanten gelungen ist, ihre Kredit- und Zahlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten und Staatsinsolvenzen zu vermeiden, lässt sich ein ähnlicher Demokratievorteil im Hinblick auf die Verringerung der Staats- und Auslandsverschuldung nicht feststellen. Warum sich Demokratien, trotz vorhandener gemeinsensitiver institutioneller und prozeduraler Arrangements, schwer damit tun, eine Lastenverschiebung auf zukünftige Generationen zu vermeiden, Sparanstrengungen zu unternehmen und in ausreichendem Maße finanziell vorzusorgen, kann dabei im Kern als Kehrseite einer stark gegenwartslastigen Interessenorientierung interpretiert werden, welche durch einen kurzen „demokratiespezifischen Zeittakt“ noch zusätzlich befördert wird.

Schlagnworte: Vergleichende Policyforschung, Nachhaltige Staatsfinanzen, Regimetyp, Demokratie, Autokratie, Regimesubtyp.

Abstract

Do democracies save and consolidate easier? – The fiscal sustainability of democracies and autocracies in comparison

The article tries to detect the fiscal sustainability performance of democratic and autocratic states based on different performance indicators (credit rating, defaults, debt, foreign assets). It examines to what extent the regime type has an influence on the consolidation efforts of a country. The study provides two principal insights. While democracies have succeeded much better than their autocratic counterparts in maintaining their solvency and in avoiding national bankruptcy, a similar advantage of democracies cannot be found in terms of public and foreign debt reduction. The reason why democracies have difficulties with undertaking savings efforts despite of their welfare-oriented institutional and procedural arrangements is a very present-centered interest orientation. In addition, the mentioned problems are even further aggravated by a short “democratic time clock”.

Key words: Comparative public policy, sustainable public finances, regime type, democracy, autocracy, regime subtype.

1. Einleitung

Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise sind die Zweifel an der generellen Überlegenheit der demokratisch verfassten Staaten gegenüber autokratisch regierten Ländern im Hinblick auf die Nachhaltigkeit ihrer Staatsfinanzen deutlich gewachsen. Die dramatische Haushaltssituation in gleich mehreren Ländern der europäischen Peripherie (Griechenland, Italien, Irland, Portugal, Belgien), aber auch in anderen Demokratien auf dem Globus (Japan, Island, USA) wirft die Frage auf, ob demokratisch verfasste Gemeinwesen nicht systematische Defizite bei der Konsolidierung ihrer Staatsfinanzen aufweisen.¹ Dahingegen scheint es zumindest einigen autokratisch verfassten Staaten (Kuweit, Russland, Saudi Arabien, China) in der Vergangenheit deutlich besser gelungen zu sein, ihre Staatsverschuldung im Zaum zu halten und für die Zukunft finanziell vorzusorgen. Inwiefern sich diese Fälle allerdings generalisieren lassen, welche spezifischen Wirkzusammenhänge zwischen der Regimetyppausprägung und der Entwicklung der Staatsfinanzen in einem Land bestehen, sowie welche weiteren ökonomischen und sozialen Faktoren neben dem Demokratisierungs-/Autokratisierungsgrad in diesem Kontext eine wichtige Rolle spielen, ist in der einschlägigen Forschungsliteratur hochgradig umstritten (vgl. *Balkan/Greene* 1990; *Beaulieu/Cox/Saiegh* 2011; *Oatley* 2010; *Posner/Blöndal* 2011; *Wurster* 2011).

Grundsätzlich bleibt dabei festzuhalten, dass eine an Kriterien der Nachhaltigkeit ausgerichtete Finanzpolitik nicht nur für die Stabilität und Gestaltungsfähigkeit eines politischen Systems in der Gegenwart von herausgehobener Bedeutung ist (Verhinderung von Staatskrisen durch Zahlungsunfähigkeit), sondern eine Verschiebung finanzieller Lasten auf zukünftige Generationen auch im Sinne einer generationengerechten Entwicklung verhindert werden sollte (Erhalt finanzieller Handlungsspielräume in der Zukunft).²

Die besondere Relevanz dieser Aufgabe erklärt den Fokus der weiteren Betrachtungen, welcher auf die Beantwortung der folgenden Schlüsselfragen gerichtet ist:

- Wie schneiden demokratische und autokratische Regime im Hinblick auf die Nachhaltigkeit ihrer Staatsfinanzen (gemessen anhand der Erhaltung ihrer Kreditwürdigkeit, der Vermeidung von Zahlungsausfällen, der Verringerung ihrer Staats- und Auslandsverschuldung sowie der Akkumulation von Auslandsvermögen) ab? Lassen sich unterhalb des jeweiligen Regimetyps (in Bezug auf Subtypen) systematische Performanzmuster erkennen?
- Spielt der Faktor Demokratisierungs- bzw. Autokratisierungsgrad wirklich eine signifikante Rolle für die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen eines Landes oder wird diese nicht viel stärker durch andere Faktoren beeinflusst?

Um diese Fragen beantworten zu können werden sich nach grundsätzlichen Erörterungen zur nachhaltigen Gestaltung von Staatsfinanzen (Kapitel 2), Überlegungen zum Verhältnis von Regimetyppausprägung (Demokratie, Autokratie sowie deren Subtypen) und nachhaltiger Finanzpolitik aus der Sicht verschiedener theoretischer Zugänge anschließen (Kapitel 3). Nach Operationalisierung der abhängigen (Performanzindikatoren für finanzielle Nachhaltigkeit) sowie der unabhängigen Untersuchungsvariablen (Regimetyppausprägung und weitere potenzielle Erklärungsgrößen), in deren Verlauf auch auf spezifische Datenprobleme beim Demokratie-Autokratievergleich eingegangen wird, kann in Kapitel 4 und 5 die quantitative Analyse (Beschreibung und Erklärung der Performanzergebnisse) erfolgen. Die Arbeit wird hierzu zunächst auf deskriptive Analysemethoden zurückgrei-

fen (Performanzbestimmung über Mittelwertvergleiche). Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollen dann in einem zweiten Schritt mit Hilfe multivariater Regressionsberechnungen (OLS-Regressionen mit Lagged Dependent Variablen) für die mehr als 130 in die Untersuchung inkludierten Länder (Kleinststaaten mit weniger als drei Millionen Einwohnern wurden aus der Analyse ausgeschlossen) über den Zeitraum 1990 bis 2008³, ausgeweitet und vertieft werden. Schließlich werden die einzelnen Ergebnisse in Kapitel 6 zusammengefasst und bewertet. Mit dieser Vorgehensweise soll sowohl ein theoretischer Beitrag zur Verknüpfung an der Schnittstelle von Regimety- und fiskalischem Nachhaltigkeitsdiskurs geleistet, als auch erste Evidenzen über vorhandene empirische Zusammenhänge geliefert werden.

2. Nachhaltige Finanzpolitik

Unter welchen Bedingungen kann die Finanzpolitik eines Landes als nachhaltig bezeichnet werden? Zur Beantwortung dieser Frage lohnt es sich zunächst, eine allgemeine Definition von Nachhaltigkeit, wie sie die Brundtland Kommission 1987 aufgestellt hat, zu betrachten. Im Sinne einer sowohl intragenerationellen als auch intergenerationellen Gerechtigkeit geht es dabei darum „den Bedürfnissen der heutigen Generation zu entsprechen, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen“ (Hauff 1987). Die Ausweitung der politischen Verantwortung über die heute lebenden Generationen hinaus auch auf zukünftige Generationen (Grunwald/Kopfmüller 2006, S. 27; Von Hauff/Kleine 2009, S. 7) impliziert dabei eine Orientierung am Risikovorsorgeprinzip, am Prinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit (gerechter Lastenausgleich zwischen den Generationen) sowie dem der fortgesetzten Chancengewährung für zukünftige Generationen (vgl. Rogall 2004, S. 28; Wurster 2010, S. 54).

Übersetzt in eine nachhaltige Finanzpolitik bedeutet dies erstens (Aspekt der Risikovorsorge), dass die gegenwärtige Haushaltspolitik so gestaltet werden sollte, dass sie dauerhaft fortführbar ist, ohne dass der Staat in eine Schuldenklemme gerät (vgl. Ward/Daayan 2009, S. 463; Rose 2010, S. 807; Brümmerhoff 2011, S. 667). Um der schwerwiegenden Gefahr von staatlichen Zahlungsausfällen (Staatsinsolvenzen) zu begegnen,⁴ geht es im Sinne einer risikoeindämmenden (schwachen) Nachhaltigkeit dabei vor allem darum, die Kreditwürdigkeit wie die Schuldentragfähigkeit eines Gemeinwesens aufrecht zu erhalten.⁵

Für eine darüber hinaus gehende intergenerationell gerechte Finanzpolitik (Prinzip der starken Nachhaltigkeit, vgl. dazu *Sachverständigenrat/Conseil d'Analyse économique* 2010, S. 23) besteht des Weiteren die Notwendigkeit, einen gerechten Lastenausgleich zwischen den Generationen zu gewährleisten und eine Ausbeutung zukünftiger Generationen zu verhindern (Ziel der Pareto Optimalität, vgl. *Sachverständigenrat* 2007, S. 31; *Sachverständigenrat/Conseil d'Analyse économique* 2010, S. 110). Eine staatliche Politik, die sich über Verschuldung finanziert, kann dabei eine solche Lastverschiebung zu Ungunsten zukünftiger Generationen implizieren (vgl. Hansmann 2012, S. 27),⁶ soweit sie nicht nur vorübergehende konjunkturelle Schwankungen ausgleicht, auf außergewöhnliche Belastungen oder Notzeiten (Kriege, Naturkatastrophen, etc.) reagiert (vgl. Wagschal 2006, S. 294f.; Konrad/Zschäpitz 2012, S. 124)⁷ oder dem „Pay-as-you-use“-Prinzip⁸ entspricht. Insbesondere die Finanzierung rein konsumtiver Ausgaben in der Gegenwart über Verschuldung kann hierbei als problematisch angesehen werden (vgl. *Sach-*

verständigenrat/Conseil d'Analyse économique 2010, S. 115). Die Lastenverschiebung kommt dadurch zu Stande, dass nachfolgenden Generationen durch höhere Steuern, die zur Tilgung von Schulden und zur Finanzierung des Schuldendienstes nötig sind, direkte Nutzeneinbußen entstehen (vgl. *Becker* 2003, S. 250; *Sachverständigenrat* 2007, S. 1). Daneben kann eine übermäßige Staatsverschuldung die wirtschaftliche Entwicklungsdynamik in einem Land verringern („Crowding-out“ kreditfinanzierter Privatinvestitionen, vgl. *Brümmerhoff* 2007, S. 627), eine negative Zins-Verschuldungsspirale auslösen⁹, sowie den Spielraum für Zukunftsinvestitionen (beispielsweise Forschungs- und Entwicklungsausgaben) einschränken, wodurch der Kapitalstock, der an nachfolgende Generationen weitergegeben wird, insgesamt kleiner ausfällt. Im Sinne der fortgesetzten Chancengewährung für zukünftige Generationen geht es im Gegensatz dazu aber gerade darum, deren finanzielle Freiheitsgrade und Handlungsspielräume zu erhalten (vgl. *Boettcher/Tremmel* 2005, S. 13) und im Sinne einer möglichst positiven Sparrate weiter auszubauen, indem neben Zukunftsinvestitionen, soweit als möglich, auch finanziell Rücklagen gebildet werden. Bis zu welchem Grad es sinnvoll ist, solche Zukunftsinvestitionen auch über Verschuldung zu finanzieren, ist dabei hochgradig umstritten (vgl. *Süssmuth/Weizäcker* 2006, S. 173; *Weizäcker* 2009). Das Problem eines „intertemporal budgeting“ liegt dabei darin, zukünftige Ein- und Ausgaben möglichst angemessen zu taxieren (*Baker/Besendorfer/Kotlikoff* 2002, S. 19). So ist insbesondere die implizite Verschuldung eines Landes, welche sich maßgeblich aus zukünftigen Forderungen aus der Finanzierung des Renten- (Pensionen der Staatsdiener) oder des Gesundheitssystems ergibt, nur schwer zu bestimmen, da sie in erheblichem Maße von der zukünftigen Arbeits- und Sozialgesetzgebung sowie der Wirtschaftsentwicklung abhängt (vgl. *Konrad/Zschäpitz* 2012, S. 221f.)¹⁰.

Um die unterschiedlichen Dimensionen fiskalischer Nachhaltigkeit (Risikovorsorge, intergenerationelle Verschuldungs- und Sparrate) möglichst vollständig erfassen und das Abschneiden der Staaten bewerten zu können, werden in dieser Untersuchung insgesamt fünf Performanzindikatoren herangezogen.¹¹ Einem Trend in der Policyanalyse folgend, wird die Evaluation der Regimeperformanz anhand von Outcomevariablen vorgenommen.¹² Dabei stellt sich allerdings, soweit in die Untersuchung, wie hier der Fall, neben Demokratien auch Autokratien inkludiert sind, ein doppeltes Datenproblem. So ist der Datenzugang in Autokratien nicht nur ungleich schwieriger (Selektionsbias)¹³, sondern es besteht darüber hinaus auch die Gefahr, dass vorhandene Angaben systematisch verfälschte sind. Diese Probleme müssen bei der Interpretation daher immer beachtet werden, auch wenn, wie hier erfolgt, allgemein anerkannte Datenquellen (Weltbank, IWF) ausgewertet werden. Um die Robustheit zu erhöhen wurde für die vorgenommene Performanzmessung zum einen auf Angaben zurückgegriffen, deren Erhebung dem Einfluss autokratischer Staaten weitgehend entzogen ist. Zum anderen wurden für die Erfassung der Nachhaltigkeitsdimension, soweit möglich, zwei unabhängige Messgrößen berücksichtigt. So wird das Abschneiden von Staaten im Hinblick auf ihre Kredit- und Zahlungsfähigkeit (Risikovorsorge) zum einen anhand von Kreditratingergebnissen¹⁴, zum anderen anhand der Häufigkeit tatsächlich erfolgter Zahlungsausfälle (Staatsinsolvenzen in der Vergangenheit) bewertet. Während die Ratingergebnisse auf Experteneinschätzungen über die „Fähigkeit und Bereitschaft von Ländern zur Schuldentilgung“ (*Hiß/Nagel* 2012, S. 45) beruhen und damit nicht ganz unumstritten sind (vgl. *Konrad/Zschäpitz* 2012, S. 197ff.), basiert die Betrachtung von Defaultereignissen (Einstellung fälliger Zahlungen durch einen Staat), auch wenn die genauen Konditionen des Zahlungsausfalls im

Einzelnen durchaus variieren können (vgl. *Enderlein/Müller/Trebesch* im Erscheinen), auf einem robusten, häufig verwendeten und deutlich weniger umstrittenen Datenfundament (vgl. *Beaulieu/Cox/Saiegh* 2012).

Um die (langfristige) Entwicklung der Verschuldungssituation eines Staates möglichst differenziert erfassen zu können, erscheint es sinnvoll, neben der allgemeinen Staatsverschuldung (im Verhältnis zum BIP)¹⁵ auch die Auslandsverschuldung eines Landes (hier gemessen über die Höhe der Kredite beim Internationalen Währungsfond) zu betrachten.¹⁶ Argumentiert werden kann, dass diese Auslandsverschuldung, im Unterschied zur Verschuldung gegenüber Gläubigern im Inland, für einen Staat besonders problematisch ist, da ihm einige wichtige Instrumente zu ihrer Senkung (insbesondere inflationäre Maßnahmen) nicht ohne weiteres zur Verfügung stehen.

Das Bild der kommenden Performanzbetrachtung wäre schließlich nicht vollständig, wenn neben der Verschuldung nicht auch die intergenerationellen Sparanstrengungen eines Landes mitberücksichtigt würden. Dabei kann die Akkumulation des Auslandsvermögens (gemessen als Währungsreserven eines Landes im Verhältnis zum BIP) als ein wichtiger Gradmesser für selbige angesehen werden.

Tabelle 1: Zieldimensionen Fiskalischer Nachhaltigkeit

Zieldimension	Herangezogene Performanzindikatoren
Erhaltung der Kreditwürdigkeit	Ratingergebnisse von Standard & Poor's. Quelle: <i>Beaulieu/Cox/Saiegh</i> 2012.
Verhinderung eines Zahlungsausfalls	Zahlungsausfälle in einem Land. Quelle: <i>Beaulieu/Cox/Saiegh</i> 2012.
Geringe Staatsverschuldung	Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP. Quelle: <i>The World Bank</i> 2012.
Geringe Auslandsverschuldung	Auslandsverschuldung über IWF-Kredite pro Kopf. Quelle: <i>The World Bank</i> 2012 (Eigene Berechnungen).
Hohes Auslandsvermögen	Währungsreserven im Verhältnis zum BIP. Quelle: <i>The World Bank</i> 2012 (Eigene Berechnungen).

Die herangezogenen Performanzindikatoren sind dabei zum Teil miteinander korreliert. In keinem Fall erreicht das Zusammenhangsmaß allerdings einen Wert höher als $r = 0,31^{***17}$. Eine besonders enge Beziehung besteht dabei zwischen den Ratingergebnissen von Standard & Poor's und der Häufigkeit von Staatsinsolvenzen sowie zwischen den Indikatoren für die Staats- und Auslandsverschuldung. Kein übermäßig starker Zusammenhang kann dagegen zwischen Staatsverschuldung und Zahlungsausfällen festgestellt werden. Dass hier kein absolut deterministisches Verhältnis bestehen muss, wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, das Argentinien trotz einer Staatsverschuldung von „nur“ 64 Prozent des BIP im Jahre 2001/2002 Staatsbankrott anmelden musste, während Japan mit einer Staatsverschuldung von mittlerweile knapp 200 Prozent des BIP, einen solchen Schritt aufgrund seiner hohen Wirtschaftskraft und geringen Auslandsverschuldung bisher vermeiden konnte (vgl. *Hansmann* 2012, S. 12). Dahingegen scheinen akkumulierte Auslandsreserven sehr häufig mit einer geringeren Zahlungsausfallwahrscheinlichkeit einher zu gehen.

3. Fiskalische Nachhaltigkeit und Regimetyyp

Bevor auf theoretischer Ebene etwas über den Zusammenhang von fiskalischer Nachhaltigkeit und Regimetyyp ausgesagt werden kann, muss letzterer in seinen Variationsmöglichkeiten genauer bestimmt werden. Spricht man von politischen Regimetyypen so lässt sich grundsätzlich ein Kontinuum an möglichen Ausprägungen denken (vgl. *Merkel* 2010, S. 25), an dessen einem Pol die ideale (gefestigte und eingehegte) Demokratie und an dessen anderem Pol ein perfektes autokratisch- (totalitäres) Regime stehen, mit einem weiten Graubereich an Mischtypen (defekte Demokratien, elektorale Autokratien, etc.) dazwischen.

Angelehnt an die schlanke Demokratiedefinition von *Dahl* („Public contestation and the right to participate“) lässt sich allerdings argumentieren, dass ein kardinales Unterscheidungskriterium zwischen Demokratien und Autokratien gefunden werden kann, welches an das Vorhanden- bzw. Nichtvorhandensein von „Contested Elections“ anknüpft. Deren Existenz, welche an die drei Bedingungen der „1.) Ex ante uncertainty: the outcome of the election is not known before it takes place, 2.) Ex post irreversibility: the winner of the electoral contest actually takes office, 3.) Repeatability: elections that meet the first two criteria occur at regular and known intervals“ (*Cheibub/Gandhi/Vreeland* 2009a, S. 69) gebunden ist, verändert, so im Weiteren die Argumentation, die Logik eines politischen Systems in fundamentaler Weise, da sie grundlegende Auswirkungen auf die Verantwortlichkeit der Regierung, die politischen Teilhabemöglichkeiten der Bürger sowie den politischen Wettbewerb insgesamt hat.

Der Vorteil der gewählten, sehr schlanken definitorischen Abgrenzung zwischen Demokratie und Autokratie, die weder Aspekte der Gewaltenteilung noch der bürgerlichen Freiheitsrechte inkludiert, liegt insbesondere darin, dass sie zwar zentrale institutionelle und prozedurale Regimemerkmale berücksichtigt, die Policydimension aber gerade nicht einschließt, was für die folgende Performanzuntersuchung besonders wichtig ist.¹⁸ Daneben ist sie offen für die Bildung von Regimesubtypen, die sich jeweils unterhalb der ersten kategorialen Unterscheidungsebene anordnen lassen.

Für die Messung des Regimetyyps wurde der aktuelle „Democracy and Dictatorship“-Datensatz (DD) von *Cheibub, Gandhi* und *Vreeland* (2009a, 2009b) herangezogen, da dieser nicht nur die oben genannten Unterscheidungskriterien zwischen den Regimetyypen zugrunde legt und einen umfassenden Datensatz im Längs- und Querschnittsvergleich bereitstellt, sondern darüber hinaus auch eine hohe Konstrukt- und Inhaltsvalidität aufweist, sowie die weitere Differenzierung nach Regimesubtypen ermöglicht. Nach der dichotomen Unterscheidung zwischen Demokratie und Autokratie lassen sich mit Hilfe dieses Datensatzes innerhalb des demokratischen Spektrums parlamentarische, semipräsidentielle und präsidentielle Subtypen unterscheiden.¹⁹ Die Autokratien können dahingegen in Zivildiktaturen, Militärdiktaturen und Monarchien weiter aufgeteilt werden.²⁰

Welche theoretischen Erwartungen lassen sich nun im Hinblick auf die fiskalische Performanzwirkung der, wie folgt gezeigt werden wird, unterschiedlichen Funktionslogiken gehorchenden Regimetyypen formulieren?

Die folgenden Überlegungen sind dabei im Grundsatz an die sogenannte „Churchill-These“ angelehnt, welche die Demokratie als relativ beste Regierungsform benennt (vgl. *Churchill* 1974, S. 7566). In Parallelität zu den Stärken der Demokratie in ihren „ureigenen Kernkompetenzfeldern“ der Inputherrschaftslegitimation (durch freie und faire Wahlen), der Partizipations- und Teilhabegewährung sowie der Präferenzenberücksichtigung

heute lebender (Stimm-) Bürger (vgl. *Schmidt* 2010, S. 474f.), können ihr auch im Hinblick auf ihre fiskalische Nachhaltigkeitsperformanz (Vermeidung von Finanzkrisen, Interessenberücksichtigung zukünftiger Generationen, Sparwille) komparative Vorteile unterstellt werden.

Argumente hierfür lassen sich zunächst aus institutionellen Theorieüberlegungen ableiten. Grundsätzlich kann dabei davon ausgegangen werden, dass stabile und berechenbare institutionelle Arrangements eine nachhaltige Politikgestaltung, die auf langfristig stabile Rahmenbedingungen angewiesen ist, eher begünstigen (*Gandhi* 2008). *I Miquel* (2007) folgend zeichnen sich nun aber gerade Autokratien durch eine, gegenüber demokratischen Gemeinwesen, signifikant geringere institutionelle Stabilität aus. Im Gegensatz zu diesen fällt es vielen von ihnen nämlich deutlich schwerer, im Falle des Herrscherwechsels einen geregelten Übergang ohne grundlegende Regimeumwälzungen zu organisieren.²¹ Die so erzeugten politischen Instabilitäten und Brüche können eine nachhaltige Policygestaltung aber schwer belasten und sich verschuldungsfördernd auswirken (vgl. *Wagschal* 2006, S. 303). Schon allein die Ungewissheit über den langfristigen Bestand eines autoritären Regimes kann, so die Theorie *I Miquels* (2007), eine ineffiziente und auf kurzfristige Ziele fokussierte Herrschaftsweise begünstigen, die im Zweifel kaum Rücksicht auf finanzielle Nachhaltigkeitsbelange nehmen kann. Im Gegensatz dazu erhöhen die langfristig stabileren institutionellen Rahmenbedingungen in Demokratien das Vertrauen von Anlegern in deren Rückzahlungsbereitschaft von Verbindlichkeiten (hohe Verlässlichkeit), wodurch sie einen einfacheren Zugang zum Kreditmarkt erhalten (vgl. *Schultz/Weingast* 2003, S. 36; *Beaulieu/Cox/Saiegh* 2011, S. 2).²² Die *ceteris paribus* gleichfalls günstigeren Kreditkonditionen erleichtern dabei nicht nur die Zurückzahlung von Schulden, sondern dürften darüber hinaus auch die Wahrscheinlichkeit von Staatsinsolvenzen senken.

Weitere Argumente, die für einen finanzpolitischen Demokratievorteil sprechen, lassen sich aus akteurszentrierter Theorieperspektive ableiten. So gehen Vertreter des Rational Choice Ansatzes wie *Bueno de Mesquita et al.* (2002; 2003) davon aus, dass die Möglichkeit Einfluss auf politische Entscheidungen zu gewinnen in demokratischen Staaten grundsätzlich deutlich breiter angelegt ist als in autokratisch regierten Ländern. Da das Selektorat in Demokratien im Unterschied zu Autokratien in aller Regel aus allen stimmberechtigten Bürgern besteht, muss eine Regierung hier, um eine „winning-coalition“ zu schmieden, auf die sich ihre Herrschaft stützen kann, in weit stärkerem Maß die Interessen breiter Bevölkerungsteile befriedigen. Für autokratische Herrscher, die nur die Interessen einer mitunter sehr kleinen „winning-coalition“, die z.B. aus wichtigen Militärs, hohen Parteidelegierten oder wirtschaftlichen Eliten bestehen kann, berücksichtigen brauchen, ist es daher rational vor allem private Güter (Mittel die spezifische Bevölkerungsgruppen exklusiv bevorzugen) bereitzustellen, während demokratische Regierungen weit stärker öffentliche Güter mit hohem Gemeinwohlbezug anbieten müssen. Als solche öffentlichen Gemeingüter können dabei insbesondere die Erhaltung der Kreditwürdigkeit sowie die Verhinderung von Zahlungsausfällen, mit ihren entsprechenden gesamtgesellschaftlichen Folgekosten, angesehen werden.²³

Für das Ziel einer nachhaltig generationengerechten Finanzpolitik ist es allerdings darüber hinaus entscheidend, inwieweit die Interessen zukünftiger Generationen vom Selektorat, das auch in Demokratien maximal aus allen heute lebenden (Stimm-)Bürgern bestehen kann, beziehungsweise von der „winning-coalition“, berücksichtigt werden. Hierbei stellt sich, basierend auf einer mindestens bis zu *Tocqueville* zurückreichenden (*Tocque-*

ville 1951) und aktuell wieder aufkommenden Debatte über die „Zukunftsvergessenheit der Demokratie“ (Kielmansegg 2003; Schmidt 2010) die Frage, ob sich nicht gerade die Demokratie besonders schwer damit tut, die Interessen nachfolgender Generationen in ihre politischen Entscheidungsprozesse zu integrieren, eben weil es ihr Kernanliegen ist, die Präferenzen und Interessen heute lebender Menschen möglichst optimal zu verfolgen (Höffe 2009). Plausibel erscheint eine solche Interessenberücksichtigung in Demokratien insbesondere dann, wenn angenommen werden kann, dass damit auch für die Mehrheit der heute lebenden Generationen erkennbare Vorteile verbunden sind.²⁴ Im Hinblick auf die öffentliche Verschuldung lässt sich nun argumentieren, dass die Bürger in einer Demokratie diese zwar prinzipiell vermeiden wollen (vgl. Posner/Blöndal 2011, S. 28), der Drang einer kurzfristigen Ausgabenmaximierungsstrategie zu folgen²⁵ aber, auch aufgrund einer „Fiskalillusion“ der Wähler²⁶, immer vorhanden ist. Allerdings ist es unter bestimmten Umständen, trotz Abstrafungsgefahr durch die Wähler, auch in Demokratien möglich, Kürzungen von Ausgaben durchzusetzen (vgl. Zohlnhöfer 2009, S. 36) und damit eine Lastenverschiebung auf zukünftige Generationen einzuschränken. Spürbar nimmt der Drang kurzfristig Ausgaben zu maximieren dabei insbesondere dann ab, wenn die zumeist lediglich als diffuse Zukunftskosten wahrgenommenen Konsequenzen einer übermäßigen Verschuldung, beispielsweise im Rahmen einer Finanzkrise, für die Stimmbürger akut manifest werden (vgl. Posner/Blöndal 2011, S. 20). Hierin kann nun allerdings ein wichtiger Unterschied zu autokratisch regierten Staaten bestehen, die mit einer Verschuldungsstrategie auch in einem solchen Falle fortfahren können, solange deren Vorteil für die sie tragende kleine „winning coalition“ nicht durch die bewusst in Kauf genommenen gesamtwirtschaftlichen Nachteile überkompensiert wird.²⁷

Betrachtet man als Nächstes die in Demokratien vorherrschenden spezifischen Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse genauer, so könnte hier, trotz der potenziellen Vorteile eines hohen Wettbewerbsbezugs, auf die weiter unten eingegangen wird, ein Problem im Hinblick auf eine nachhaltige Finanzpolitik bestehen. Selbiges könnte in dem der Demokratie sehr eigenen, kurzatmigen politischen Zeittakt liegen. Die unter dem Damoklesschwert der kurzfristigen Abwahlmöglichkeit entstehende, ständige Fokussierung einer demokratischen Regierung auf die Bewältigung akut anstehender Herausforderungen kann, unter dem zusätzlichen Eindruck einer Dauerwahlkampfatmosphäre (Linz 1998) nicht nur langfristige Planungs- und Entscheidungsfindungsprozesse erschweren,²⁸ sondern auch der ohnehin immer gegebenen Gefahr einer übermäßigen Gewichtung von Gegenwartsinteressen und der Problemverschiebung in die Zukunft (Kielmansegg 2003) zusätzlich Vorschub leisten,²⁹ was sich wiederum negativ auf die Verschuldungsperformanz auswirken könnte (vgl. Weizäcker 1992, S. 59).³⁰ Ein einmal fest im Sattel sitzender autokratischer Herrscher kann sich einer derartigen kurzfristorientierten Policygestaltung dagegen möglicherweise eher entziehen.

Gleiches kann auch für den Einfluss mächtiger Verteilungskoalitionen gelten, die, der Argumentation *Olsons* folgend (Olson 1982), vor allem in entwickelten Demokratien ein starkes Gewicht haben. Deren Lobbying kann, so die weitere Überlegung, eine sparsame Haushaltsführung im Sinne finanzieller Nachhaltigkeit erschweren (vgl. Gérard/Ruiz 2009, S. 5), falls ihren (zumeist konsumtiven und gegenwartsorientierten) Ausgabenwünschen nicht von Seiten der politischen Entscheidungsträger Einhalt geboten wird.³¹ Insbesondere können diese Verteilungskoalitionen auch als mächtige Bremser notwendiger finanzieller Kürzungsprogramme auftreten. Gerade bei der Durchsetzung solcher unangenehmen und mitunter harten Reformen, die zumeist gegen die Interessen einer Mehrheit

der aktuellen Stimmbürger gerichtet sind, scheinen sich demokratische Systeme im Gegensatz zu autokratischen Regimen besonders schwer zu tun. Dies hängt zum einen mit der Tatsache zusammen, dass ein widerstandsfreies Durchregieren in ihnen, aufgrund einer zumeist hohen Anzahl an institutionellen Machtbegrenzern und Vetospielern (ausgebaute öffentliche Kontrollmechanismen), nicht ohne weiteres möglich ist. Zusätzlich steht den Autokratien mit dem Mittel der Repression ein den Demokratien nur begrenzt verfügbares Instrument zur Verfügung, um eine restriktive Sparpolitik im Zweifel selbst gegen fundamentale Widerstände in der eigenen Bevölkerung durchzusetzen.

Diesen potenziellen „Autokratievorteilen“, die, gerade im Hinblick auf das Vorhandensein einer geringeren Anzahl wirkmächtiger Reformverhinderer, hochgradig umstritten sind,³² stehen allerdings erhebliche Kosten gegenüber. So kann der ausgebaute Repressions- und Unterdrückungsapparat, den Autokratien aufgrund ihrer geringen Inputlegitimation (verminderte Partizipations- und Teilhaberechte) unterhalten müssen um ihre Regimestabilität abzusichern, neben anderen problematischen Folgen, auch schwerwiegende finanzielle Belastungen verursachen.³³ Und auch durch das Fehlen öffentlicher Kontrollmechanismen, womit einerseits die Handlungsfähigkeit des Regimes (partiell) erhöht wird, kann andererseits eine nachhaltige Finanzpolitik über die Zeit erschwert werden. Selbst wenn man nämlich im Sinne der Stationary-bandit-These von *Olson* (1993) davon ausgeht, dass die Erwartung einer langen Herrschaftsdauer auch in Autokratien dazu führt, dass eine an langfristigen Zielen orientierte Politik eingeschlagen wird, so bleibt ohne effektive Herrschaftskontrolle die Gefahr einer Degeneration autoritärer Herrschaft immer latent. Das Fehlen institutioneller Sicherungsmechanismen sowie eines politischen Wettbewerbs um Führungsämter befördert, zumindest auf lange Sicht, eine ineffiziente und korruptionsanfällige Politik lediglich zu Gunsten der kleinen Gruppe der Herrschaftsträger.³⁴ Die öffentlich kontrollierten Wettbewerbsprozesse in Demokratien verbürgen dagegen deren Lern- und Fehlerkorrekturfähigkeit (*Tocqueville* 1951), da Missstände eher bekannt werden (Frühwarnsystem) und die Regierenden durch ihre Rechenschaftspflicht gegenüber der Mehrzahl ihrer Bürger dazu angehalten sind, möglichst sparsam und transparent mit öffentlichen Mitteln umzugehen (verminderte Korruptionswahrscheinlichkeit). Historisch stellt die hohe politische Wettbewerbsorientierung der Demokratie in Kombination mit institutionellen Vorgaben und Kontrollinstitutionen auch eine günstige Grundlage, sowohl für eine marktwirtschaftliche Ordnung im Allgemeinen, als auch für einen offenen und funktionsfähigen Kapitalmarkt im Besonderen dar (vgl. *Heinze* 2009, S. 206).

Wägt man nach Analyse der einzelnen Theoriestränge alle aufgezeigten Argumente sorgfältig gegeneinander ab, so überwiegen trotz gewisser Einwände (ausgeprägte Gegenwartsfixierung, geringe Widerstandskraft gegen den Ausgabendruck durch Verteilungskonkurrenzen, kurzfristiger politischer Zeittakt) die Punkte, welche für eine überlegene fiskalische Nachhaltigkeitsperformanz der Demokratien sprechen (starke Gemeinwohlorientierung, ausgeprägte Herrschaftskontrolle, hohe institutionelle Stabilität, gesteigerte Fehlerkorrektur- und Lernfähigkeit, starke Wettbewerbsorientierung). Ausgehend von den theoretischen Überlegungen, lassen sich daher zwei gleichgerichtete Hypothesen über den Zusammenhang von Regimetypausprägung und fiskalischer Risikovorsorge, beziehungsweise Regimetypausprägung und intergenerationeller Gerechtigkeit/ fortgesetzten Chancengewährung aufstellen:

Hypothese 1: Demokratisch verfassten Staaten fällt es leichter als ihren autokratischen Pendants eine hohe Kreditwürdigkeit zu erhalten und staatliche Zahlungsausfälle zu vermeiden.

Hypothese 2: Insgesamt gelingt es Demokratien eher, ihre Staatsverschuldung zu senken. Eine demokratische Regimetypausprägung wirkt sich dabei insbesondere dämpfend auf die Auslandsverschuldung, respektive förderlich auf die Akkumulation von Auslandsvermögen, aus.

Die theoretischen Vorarbeiten erlauben des Weiteren auch differenzierte Aussagen über zu erwartende Performanzmuster auf Ebene der einzelnen Regimesubtypen. Angelehnt an die Ausführungen von *Brooker* (2009) zu jeweils unterschiedlichen Herrschaftssicherungs- und Legitimationsmodellen, lassen sich parlamentarische, semipräsidentiell und präsidentielle Demokratien respektive Zivildiktaturen, Militärdiktaturen und Monarchien dabei sowohl im Hinblick auf ihre institutionelle Stabilität, ihre Durchsetzungsfähigkeit wie ihre Partizipationsneigung unterscheiden. Während die höhere Durchsetzungsfähigkeit, bei geringerer Vetospielerdichte, den parlamentarischen gegenüber präsidentiellen und semipräsidentiellen Systemen Vorteile, sowohl bei der fiskalischen Risikovorsorge als auch bei der Zurückdrängung von übersteigerten Konsumforderungen in der Gegenwart verschaffen könnte, sollte sich der geregeltere Herrschaftsübergang in Monarchien (institutionelle Stabilität, langfristige Herrschaftsperspektive) als deren großer Vorteil für eine nachhaltige Finanzentwicklung gegenüber den anderen autokratischen Subtypen erweisen. Insbesondere die häufig sehr kurzlebigen Militärdiktaturen dürften, auch aufgrund der spezifischen Ausgabenneigung ihrer Primärträgergruppe, im Gegensatz dazu besondere Schwierigkeiten haben, Belange langfristiger fiskalischer Nachhaltigkeit zu berücksichtigen. Als dritte Hypothese lässt sich daher formulieren:

Hypothese 3: Unterhalb der kategorialen Regimetypunterscheidungsebene (Demokratie versus Autokratie), auf Ebene der jeweiligen Regimesubtypen, lassen sich systematische Performanzunterschiede feststellen. Innerhalb des demokratischen Länderspektrums schneiden parlamentarische Systeme dabei am besten ab (gefolgt von präsidentiellen und semipräsidentiellen Systemen), während unter den Autokratien monarchische Systeme Vorteile gegenüber Zivildiktaturen und insbesondere Militärdiktaturen haben.

Neben der Regimetypausprägung dürften sich allerdings noch weitere gesellschaftliche und insbesondere ökonomische Faktoren auf die fiskalische Nachhaltigkeitsperformanz eines Landes auswirken (vgl. für viele *Keefer* 2007). Um die tatsächliche Einflussstärke der Regimetypkomponente genau erfassen zu können ist es daher notwendig, diese Faktoren mit in die Untersuchung einzubeziehen.

Als eine zentrale Größe muss dabei zunächst auf den ökonomischen Entwicklungsstand (BIP pro Kopf) eines Landes Bezug genommen werden. Während ein hohes wirtschaftliches Entwicklungsniveau, genauso wie eine hohe Wachstumsdynamik, einem Staat auf der einen Seite erhebliche Möglichkeiten der Einnahmengenerierung bietet (erhöhtes Steueraufkommen, etc.), geht das *Wagnersche Gesetz* (vgl. *Wagner* 1893) auf der anderen Seite davon aus, dass eine wirtschaftlich entwickelte Gesellschaft auch zu deutlich höheren Staatsausgaben neigt (Bereitstellung kostenintensiver, staatlicher Dienstleistungen). Während der Gesamteffekt hier umstritten ist, dürfte ein positives Leistungsbilanzsaldo, ebenso wie eine hohe Exportquote in einem Land in summa zusätzlich Ressourcen zur Schuldenbedienung generieren. Als weiterer, im Zusammenhang mit der Ver-

schuldungssituation eines Landes relevanter, ökonomischer Faktor wurde daneben die Entwicklung der Inflationsrate in der späteren Untersuchung mitberücksichtigt. Hier kann argumentiert werden, dass eine hohe Geldentwertung im Sinne einer „Inflationssteuer“ die Staatsverschuldung tendenziell eher senken kann (vgl. *Chalk* 2000, S. 295; *Wagschal* 2006, S. 305)³⁵. Im Hinblick auf sozialstrukturelle Faktoren wurde die Bevölkerungsgröße eines Landes berücksichtigt.³⁶ Sie kann als ein Gradmesser für die internationale Bedeutung eines Staates angesehen werden. Zu untersuchen bleibt hier, ob die Größe (und damit die internationale Relevanz) eines Landes möglicherweise als Puffer wirkt, die eine Kreditklemme und damit eine staatliche Zahlungsunfähigkeit unwahrscheinlicher werden lässt („too big to fail“). Als Letztes wurde schließlich auch die Intensität der Kriegs betroffenheit eines Landes, als potenziell besonders verschuldungstreibender Faktor, herangezogen. Relativ leicht lässt sich hier argumentieren, dass kriegerische Auseinandersetzungen in aller Regel mit erheblichen staatlichen Ausgaben verbunden sind, und darüber hinaus die Einnahmesituation eines Staates erodieren lassen. In Tabelle 2 sind alle, in die späteren Regressionsanalysen einbezogene Erklärungsfaktoren, nochmals dargestellt.

Tabelle 2: Erklärungsfaktoren

Erklärungsfaktoren	Beschreibung
Regimetypausprägung (Demokratie/Autokratie)	Democracy Dictatorship Index. Quelle: <i>Cheibub/Gandhi/Vreeland</i> 2009b.
Semipräsidentielle Demokratie	Regimesubtyp semipräsidentielle Demokratie. Quelle: <i>Cheibub/Gandhi/Vreeland</i> 2009b.
Präsidentielle Demokratie	Regimesubtyp präsidentielle Demokratie. Quelle: <i>Cheibub/Gandhi/Vreeland</i> 2009b.
Zivildiktatur	Regimesubtyp Zivildiktatur. Quelle: <i>Cheibub/Gandhi/Vreeland</i> 2009b.
Monarchie	Regimesubtyp Monarchie. Quelle: <i>Cheibub/Gandhi/Vreeland</i> 2009b.
BIP pro Kopf	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Quelle: <i>The World Bank</i> 2012.
BIP Wachstum	Jährliches prozentuales Wachstum des BIP. Quelle: <i>The World Bank</i> 2012.
Leistungsbilanzsaldo	Leistungsbilanzsaldo. Quelle: <i>The World Bank</i> 2012.
Inflationsrate	Inflationsrate. Quelle: <i>The World Bank</i> 2012.
Exportbilanz	Exporte von Gütern und Dienstleistungen in Prozent des BIP. Quelle: <i>The World Bank</i> 2012.
Bevölkerung	Gesamtbevölkerung. Quelle: <i>The World Bank</i> 2012.
Kriegerische Auseinandersetzungen	Intensität kriegerischer Auseinandersetzungen. Quelle: <i>Schwank et al.</i> 2012.

4. Fiskalische Nachhaltigkeit im Vergleich

Führt man einen Mittelwertvergleich zwischen den Demokratien und den Autokratien (und deren jeweiligen Subtypen) für die fünf herangezogenen Performanzindikatoren durch (die allgemeine Statistik zu diesen ist in Tabelle 3 dargestellt),³⁷ so springt als erstes das deutlich bessere Abschneiden der demokratisch verfassten Staaten im Hinblick auf deren Kredit- und Zahlungsfähigkeit ins Auge (vgl. Tabelle 4). Bei beiden Indikatoren erzielen sie deutlich bessere Ergebnisse als ihre autokratischen Pendanten³⁸.

Tabelle 3: Deskriptive Statistik

	Kreditwürdigkeit	Zahlungsausfall	Staatsverschuldung	Auslandsverschuldung	Auslandsreserven
Maximum	16	1	289,80	812,91	58,30
Minimum	1	0	1,40	0,01	0,01
Mittelwert	9,27	0,22	59,93	14,62	6,58
Standardabweichung	5,21	0,43	38,54	41,82	3,13
Fälle	896	1377	748	2394	2132

Sehr gut schnitten dabei vor allem parlamentarische Demokratien ab,³⁹ während, im Gegensatz zum Rest des autokratischen Regimespektrums, vor allem Monarchien besonders resistent gegenüber der Gefahr staatlicher Zahlungsausfälle waren.⁴⁰ Bei der Eindämmung von Staatsverschuldung scheint zwar ebenfalls ein leichter Demokratievorteil zu existieren⁴¹, dieser fällt aber bei genauerer Detailbetrachtung erkennbar geringer aus, als bei der Vermeidung akuter Zahlungsausfälle⁴².

Tabelle 4: Mittelwertvergleich der Regimetypen

Regimetyyp	Kreditwürdigkeit	Zahlungsausfall	Staatsverschuldung	Auslandsverschuldung	Auslandsreserven
Insgesamt	9,27	0,22	59,93	14,62	6,58
Demokratie	9,89	0,15	55,47	16,41	4,71
Autokratie	7,08	0,34	69,15	12,49	9,33
Parlamentarische Demokratie	12,89	0,00	60,64	7,16	7,27
Semipräsidentielle Demokratie	11,54	0,08	53,77	17,48	1,59
Präsidentielle Demokratie	5,62	0,30	47,40	24,63	4,15
Zivildiktatur	7,69	0,38	61,43	13,79	13,59
Militärdiktatur	6,45	0,32	80,95	8,90	3,95
Monarchie	6,03	0,15	84,13	19,02	6,58

In sein Gegenteil verkehrt er sich schließlich, wenn auf die Entwicklung der Auslandsverschuldung, respektive die Akkumulation von Auslandsvermögen geblickt wird. Hier schnitt das Gros der demokratisch verfassten Staaten keineswegs besser ab als ihre auto-

kratischen Gegenspieler.⁴³ Vielmehr gelang es gerade einigen wirtschaftlich aufstrebenden Autokratien (China, Indonesien, Russland) besonders gut, ihre finanziellen Rücklagen auszubauen. Von einer generellen Überlegenheit der Demokratie über alle Untersuchungsdimensionen hinweg kann somit in keinem Fall gesprochen werden.

5. Regressionsanalysen

Welches Bild über den Zusammenhang von Regimetyp und fiskalischer Nachhaltigkeitsperformance ergibt sich nun aber, wenn im Rahmen von multivariaten Regressionsberechnungen weitere potenzielle Erklärungsfaktoren zusätzlich berücksichtigt werden?⁴⁴ Die in Tabelle 5 dargestellten Ergebnisse bestätigen im Kern die schon in den Mittelwertvergleichen aufscheinenden Befunde, machen darüber hinaus aber auch auf weitere interessante Zusammenhänge aufmerksam.

So lässt sich sowohl im Modell zur Kreditwürdigkeit als auch in dem zu den Zahlungsausfällen (vgl. Tabelle 5, Spalte Kreditwürdigkeit und Zahlungsausfall) ein signifikanter Effekt zugunsten demokratisch verfasster Staaten nachweisen. Während eine hohe Kreditwürdigkeit daneben im Zusammenhang mit einem hohen wirtschaftlichen Entwicklungsstand und einer starken Wachstumsdynamik steht, gehen Staatsinsolvenzen mit einer hohen Inflationsrate einher und scheinen in großen Staaten eher seltener aufzutreten. Während insbesondere ökonomische Variablen somit einen erkennbaren Einfluss auf die Kredit- und Zahlungsfähigkeit eines Landes haben, erreicht der Faktor der Kriegs Betroffenheit kein signifikantes Erklärungsniveau. Betrachtet man das Ergebnis für die Regimesubtypen genauer, so fällt eine gewisse Insolvenzresistenz monarchischer Autokratien ins Auge,⁴⁵ während präsidentielle Demokratien an dieser Stelle eine besondere Achillesferse zu haben scheinen.⁴⁶

Eine geringe Staatsverschuldung in einem Land ist zum einen eng an eine hohe Wachstumsdynamik gekoppelt, während das wirtschaftliche Entwicklungsniveau keinen Effekt auf selbige auszuüben scheint (vgl. Tabelle 5, Spalte Staatsverschuldung). Zum anderen ist es aber auch über eine hohe Inflationsrate offenbar möglich, die Staatsverschuldung zu senken. Des Weiteren bleibt festzuhalten, dass eine hohe Konfliktbetroffenheit die Verschuldung in einem Land nach oben treiben kann. Die hier im Zentrum stehenden Variablen der Regimetypausprägung zeigen zwar einen verschuldungssenkenden Effekt zu Gunsten der demokratisch verfassten Staaten an, verfehlen das geforderte Signifikanzniveau allerdings knapp.⁴⁷

Tabelle 5: Regressionsberechnungen zur fiskalischen Nachhaltigkeit⁴⁸

Ziel-dimensionen	Kredit-würdigkeit		Zahlungs-ausfall		Staatsver-schuldung		Auslandsver-schuldung		Auslands-reserven	
Regimety-pausprägung	0,22**	0,02	-0,05*	-0,06	-2,21	-0,03	1,12	0,01	-27,81	-0,01
	(0,11)		(0,03)		(1,73)		(1,97)		(35,82)	
Semipräsidentielle Demokratie	0,08	0,01	0,01	0,01	-0,01	-0,01	1,23	0,01	-22,55	0,01
	(0,07)		(0,02)		(1,33)		(1,89)		(33,45)	
Präsidentielle Demokratie	-0,11	-0,01	0,05**	0,06	0,50	0,01	0,47	0,01	-13,77	-0,01
	(0,07)		(0,02)		(1,25)		(1,69)		(30,54)	
Zivildiktatur	0,18	0,01	0,03	0,03	-0,99	-0,01	0,95	0,01	14,47	0,01
	(0,12)		(0,02)		(1,81)		(1,83)		(33,45)	
Monarchie	0,21	0,01	-0,05	-0,02	-2,85	-0,02	0,69	0,01	18,79	0,01
	(0,15)		(0,04)		(2,50)		(3,21)		(57,83)	
BIP pro Kopf	0,01**	0,02	0,01	-0,03	0,01	0,01	-0,01*	-0,02	-7,78	-0,01
	(0,01)		(0,01)		(0,01)		(0,01)		(10,24)	
BIP Wachstum	0,05***	0,03	-0,01	-0,02	-0,59***	-0,07	-0,53***	-0,06	-12,70	-0,01
	(0,01)		(0,01)		(0,11)		(0,11)		(21,08)	
Leistungsbilanz-saldo	-0,01	-0,01	0,01	0,01	-0,01	-0,01	-0,01	-0,01	0,01	0,01
	(0,01)		(0,01)		(0,01)		(0,01)		(0,01)	
Inflationsrate	0,01	0,01	0,01**	0,04	-0,01***	-0,14	-0,01	-0,01	-8,92	-0,01
	(0,01)		(0,01)		(0,01)		(0,01)		(293,04)	
Exportbilanz	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	-0,01	-0,01	41,08	0,01
	(0,01)		(0,01)		(0,01)		(0,01)		(50,87)	
Bevölkerung	-0,01	-0,01	-0,01*	0,03	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01***	0,04
	(0,01)		(0,01)		(0,01)		(0,01)		(0,01)	
Kriegsbe-troffenheit	-0,01	-0,01	0,01	0,01	0,49*	0,03	-0,17	-0,01	-97,47*	-0,01
	(0,01)		(0,01)		(0,26)		(0,30)		(55,22)	
Lagged	0,97***	0,97	0,70***	0,71	0,94***	0,94	0,85***	0,85	1,05***	0,95
Dependent Variable	(0,01)		(0,02)		(0,01)		(0,01)		(0,01)	
Zeitvariable	-0,01	-0,01	-0,01**	-0,04	-0,12	-0,02	-0,06	-0,01	11,33	0,01
	(0,01)		(0,01)		(0,09)		(0,10)		(19,46)	
Konstante	7,27 (11,29)		7,34** (3,13)		231,10 (190,99)		115,19 (211,88)		23,01 (38,84)	
Korr. R ²	0,98***		0,62***		0,90***		0,73***		0,98***	
N	820		1245		616		1961		1925	

Eindeutig kein Demokratievorteil lässt sich schließlich erkennen, wenn die Auslandsverschuldung, beziehungsweise die Akkumulation von Auslandsreserven (vgl. Tabelle 5, Spalte Auslandsverschuldung und Auslandsreserven) in den Blick genommen wird. Vielmehr zeigt der partielle Regressionskoeffizient hier einen verschuldungserhöhenden, respektive akkumulationsenkenden Effekt demokratischer Regimetyausprägung an, allerdings ohne dabei ein ausgeprägtes Signifikanzniveau zu erreichen.⁴⁹

Insgesamt bleibt damit festzuhalten, dass unter Kontrolle weiterer Einflussgrößen, die Regimetyausprägung nur im Hinblick auf die Kreditwürdigkeit und die Verhinderung von Zahlungsausfällen einen erkennbaren Effekt zu Gunsten demokratischer Staaten aufweist. Hingegen scheinen sie kaum besser als ihre autokratischen Pendanten in der Lage zu sein, ein Anwachsen der Staatsverschuldung zu verhindern, geschweige denn, langfristige Finanzrücklagen zu bilden.

Dieses für die Demokratien eher ernüchternde Ergebnis lässt sich allerdings etwas aufhellen, wenn man zusätzlich berücksichtigt, dass diese sich finanziell in weit stärkerem Maße als Autokratien in zukunftsrelevanten Politikbereichen engagieren und somit der Belastungswirkung (übermäßige Verschuldung) für zukünftigen Generationen auch wichtige Zukunftsinvestitionen gegenüberstellen können.⁵⁰

6. Zusammenfassung

Ziel der Untersuchung war es, die finanzielle Nachhaltigkeitsperformanz von demokratischen und autokratischen Regimen (auch in Bezug auf jeweilige Subtypen) durch die Betrachtung von fünf Zieldimensionen möglichst differenziert zu erfassen. Die Untersuchung fördert zwei Kernerkenntnisse zu Tage. Während es den Demokratien (insbesondere den parlamentarischen) in der Vergangenheit deutlich besser als ihren autokratischen Pendanten gelungen ist, ihre Kredit- und Zahlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten und Staatsinsolvenzen zu vermeiden (eine gewisse Ausnahme bilden hier nur autoritäre Monarchien), lässt sich ein ähnlicher Demokratievorteil im Hinblick auf die Verringerung der Staats- und Auslandsverschuldung sowie bei der Akkumulation von Auslandsvermögen nicht feststellen.⁵¹ Während die verlässlichen institutionellen Rahmenbedingungen das Vertrauen in die Kreditwürdigkeit demokratisch verfasster Gemeinwesen verstärken (geringere Sorge der Gläubiger um die Rückzahlung) und die Gefahr einer Staatsinsolvenz augenscheinlich vermindern, scheint ein solcher Zusammenhang im Hinblick auf die Verschuldungsperformanz nicht zu bestehen. Warum sich Demokratien, trotz vorhandener gemeinwohlsensitiver institutioneller und prozessualer Arrangements (ausgeprägte Herrschaftskontrolle und Fehlerkorrekturfähigkeit, große „winning-coalition“) schwer tun, eine Lastenverschiebung auf zukünftige Generationen zu vermeiden, Sparanstrengungen zu unternehmen und in ausreichendem Maße finanziell vorzusorgen, muss dabei im Kern als Kehrseite einer stark gegenwartslastigen Interessenorientierung interpretiert werden, welche durch einen kurzen „demokratiespezifischen Zeittakt“ noch zusätzlich befördert wird. Der damit einhergehende verschuldungstreibende Effekt scheint dabei insgesamt so wirkmächtig zu sein, dass er nicht nur potenzielle Unterschiede im Hinblick auf Regimesubtypen an dieser Stelle einebnet,⁵² sondern auch im Angesicht einer potenziell ineffizienten, korruptionsanfälligen und wenig zukunftsorientierten Investitionspolitik von Autokratien erhalten bleibt.

Die vorgestellten Ergebnisse basieren dabei auf einer Datengrundlage, die bis zum Beginn der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise reicht. Inwiefern sie sich auch darüber hinaus als robust erweisen werden, muss daher zunächst offen bleiben. Die Erfahrungen der Vergangenheit nähren allerdings die Hoffnung, dass den Demokratien im Unterschied zu den autokratisch verfassten Staaten ein größeres Repertoire an Möglichkeiten zur Verfügung steht, um zumindest die Gefahren eines Staatsbankrottes abzuwehren. Inwiefern sie dieses auch im Einzelfall einzusetzen vermögen, bleibt indes abzuwarten.

Dies macht auf weiteren Forschungsbedarf aufmerksam, der sich neben einer noch tiefergehenden Analyse des Zusammenhangs von Regimetyp und fiskalischer Nachhaltigkeit auf theoretischer Ebene vor allem auf eine genaueren Erkundung von Governancestrukturen und Kausalmechanismen erstrecken sollte. Notwendig scheint darüber hinaus auch eine noch detailliertere Betrachtung der finanzpolitischen Rahmenbedingungen sowie weiterer potenzieller Erklärungsgrößen (kulturelle Faktoren, geographische Gegebenheiten, spezifische Akteurskonstellationen, etc.) für die Policyperformanzanalyse in diesem, aus dem Blickwinkel des Regimevergleichs, noch relativ wenig bearbeiteten Untersuchungsfeld zu sein.

Anmerkungen

- 1 Dafür würden, neben der Tatsache, dass mit der Finanz- und Wirtschaftskrise nun auch Staaten der OECD-Welt von Zahlungsunfähigkeit bedroht sind (vgl. *Wagschal/Jäkel* 2010, S. 307) auch historische Fälle von Staatsbankrott in Demokratien (z. B. Argentinien 2001, Indien 1972, Deutschland 1932, etc.) sprechen.
- 2 Es geht hier somit darum, ein allgemeines, regimeunabhängig anzustrebendes Gut (nachhaltige Staatsfinanzen) im Sinne einer systematischen, zielbezogenen Performanzoptimierung zu erreichen (vgl. *Roller* 2002, S. 550ff.; *Roller* 2004, S. 304).
- 3 Neben forschungspragmatischen Überlegungen (Datenrestriktionen) spricht für die Wahl dieses Beobachtungszeitraums die Tatsache, dass so die Phase seit dem Ende des Ost-West-Konflikts, welche für die Entwicklung der unterschiedlichen Regimetypen markante Veränderungen bereithielt, mit in den Blick genommen werden kann.
- 4 Eine Staatsinsolvenz ist nicht wünschenswert, da sie sowohl zu erheblichen Systemkrisen (vgl. *Wagschal* 2006, S. 294), negativen grenzüberschreitenden Effekten (Bankenzusammenbrüche, Flucht aus Staatsanleihen), als auch dem langfristigen Verlust des Kreditmarktzugangs für ein Land führen kann (vgl. *Blankart* 2009, S. 212).
- 5 Idealerweise geschieht dies dadurch, dass die Schuldenstandsquote eines Landes (Schulden im Verhältnis zum BIP) durch Sparbemühungen im Zeitablauf zumindest nicht ansteigt (vgl. *Blanchard/Chouraqi/Hagermann/Sartor* 1990). Allerdings kann ein Staat auch durch die Erhöhung von Steuern (zum Zwangscharakter der Besteuerung vgl. *Blankart* 2009, S. 218) oder die Steigerung der Geldmenge einen akuten Zahlungsausfall verhindern. Beides birgt jedoch volkswirtschaftliche Gefahren. So kann beispielsweise durch eine Inflation, wenn sie außer Kontrolle gerät, die Währung eines Landes ihre Funktion verlieren (vgl. *Hansmann* 2012, S. 96).
- 6 So besteht der primäre Unterschied einer langfristigen Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben gegenüber einer Steuerfinanzierung „in einer intergenerativen Umverteilung zu Lasten zukünftiger Generationen“ (*Sachverständigenrat* 2007, S. 31).
- 7 Hier erscheint eine Schuldenfinanzierung vertretbar. „Denn in diesen Fällen wäre eine Steuerfinanzierung entweder mit unverträglich hohen Belastungen der gegenwärtigen Generationen verbunden oder würde stark prozyklisch wirken.“ (*Sachverständigenrat* 2007, S. 6).
- 8 Gemäß des „Pay-as-you-use“-Prinzips lassen sich über Verschuldung die Kosten von öffentlichen Investitionen über die Zeit verteilen (vgl. *Wagschal* 2006, S. 295; *Hansmann* 2012, S. 26) „um auch die künftigen Nutznießer der heutigen (investiven) Ausgaben an den Finanzierungslasten zu beteiligen“ (*Sachverständigenrat* 2007, S. 1). Entscheidend ist dabei allerdings, dass es sich um „das öffentliche Vermögen erhöhende Investitionen“ (*Sachverständigenrat* 2007, S. 3) handelt, die entsprechend dem Nutznießer-Prinzip auch zukünftigen Generationen zu Gute kommen (vgl. *Boettcher/Tremmel* 2005, S. 7).
- 9 Sollte die Wachstumsrate des BIP allerdings die der Verschuldung übersteigen, ist im Sinne sogenannter Ponzi-Spiele und des Domar-Modells auch ein „herauswachsen“ aus den Schulden möglich, da die Steuereinnahmen schneller zunehmen als die Zinszahlungsverpflichtungen. Zudem ist in diesem Fall Verschuldung als pareto-optimal einzustufen, da die Einführungsgeneration von ihr profitiert, „ohne dass nachfolgende Generationen jemals belastet würden.“ (*Sachverständigenrat* 2007, S. 41f.).
- 10 Anzunehmen ist allerdings, dass die implizite Verschuldung (*Baker/Besendorfer/Kotlikoff* 2002, S. 2) für praktisch alle Staaten systematisch über der explizit ausgewiesenen Verschuldung liegen dürfte (vgl. *Moog/Raffelhüschchen* 2011).
- 11 Deren genaue Beschreibung ist der Tabelle 1 zu entnehmen.
- 12 “When interested in the evaluation of political regimes, ideally, we should draw on policy outcome indicators representing actual results of actions” (*Roller* 2012, S. 9).
- 13 “Systematic empirical studies on the relationship between regime type and missing observations reveal that the number of missing values is considerably higher for undemocratic countries than democratic ones” (*Roller* 2012, S. 9; *Hollyer/Rosendorff/Vreeland* 2011). Ein Selektionsbias kann darüber hinaus dadurch entstehen, dass Autokratien Angaben insbesondere dann machen “if they are compelled to by an outside agency (i.e., the World Bank, the International Monetary Fund, or the United Nations Development Program), and outside agencies only make these demands when countries approach them for assistance” (*Ross* 2006, S. 864).
- 14 Hierbei kann das herangezogene Rating von Standard & Poor’s, welches die Bonität eines Schuldners (Zahlungsausfallswahrscheinlichkeiten) anhand von mehreren Merkmalen bewertet und dann klassifiziert (vgl. *Beaulieu/Cox/Saiegh* 2012) Werte von eins (geringe) bis 16 (sehr hohe Kreditwürdigkeit) annehmen.

- 15 Wünschenswert wäre in diesem Zusammenhang gewesen, neben der hier herangezogenen expliziten auch die implizite Staatsverschuldung (*Kotlikoff/Burns* 2012), welche beispielsweise auch die langfristigen Renten- und Pensionsverpflichtungen des Staates umfassen würde, zu berücksichtigen. Aufgrund von Datenrestriktionen war dies allerdings nicht möglich.
- 16 Einschränkung zur Datenlage muss für diesen Indikator allerdings festgehalten werden, dass lediglich Schwellen- und Entwicklungsländer aufgenommen werden konnten.
- 17 Ein Stern steht dabei auch im Folgenden für ein Signifikanzniveau von 90 Prozent, zwei für eines von 95 Prozent und drei für eines von 99 Prozent.
- 18 Das unterscheidet sie von einer sehr weiten Definition von Demokratie, wie sie beispielsweise in der Gettysburg-Formel („Government of the people, by the people, and for the people“) oder dem Konzept der „embedded democracy“, das sowohl politische und bürgerliche Freiheit, Gleichheit sowie Kontrolle als konstitutive Merkmale einer Demokratie ansieht (*Merkel* 2010; *Croissant* 2010, S. 95), zum Ausdruck kommt.
- 19 Eine Differenzierung ist durch die Beantwortung der beiden hintereinander geschalteten Fragen: „1. Is the government responsible to the assembly? 2. Is there a head of state popularly elected for a fixed term in office?“ (*Cheibub/Gandhi/Vreeland* 2009a, S. 81) möglich.
- 20 Durch die hintereinandergeschaltete Beantwortung der Fragen: „1. Who is the effective head of government? 2. Does the head of government bear the title of “king” and have a hereditary successor and/or predecessor? 3. Is the head of government a current or past member of the armed forces? 4. Is the head neither monarchic nor military?“ (*Cheibub/Gandhi/Vreeland* 2009a, S. 87) wird auch hier eine trennscharfe Unterscheidung der Regimesubtypen im Datensatz gewährleistet.
- 21 Eine gewisse Ausnahme dürften in diesem Zusammenhang nur monarchische Regime mit geregelter Erbfolge darstellen.
- 22 Der einfache Kreditmarktzugang kann sich allerdings auch als zweischneidiges Schwert erweisen, da er Verschuldungsanreize setzen kann. Das vorhandene Vertrauen ihrer Bürger dürfte dabei insbesondere die Inlandsverschuldung von Demokratien eher begünstigen (vgl. *Reinhart/Rogoff* 2009, S. 65), während Autokratien, neben einer hohen Besteuerung ihrer Herrschaftsunterworfenen, vermehrt die Gefahren einer Auslandsverschuldung in Kauf zu nehmen bereit sind, insbesondere dann, wenn ihre Herrschaftsbasis, selbst im Falle eines Zahlungsausfalls mit entsprechenden gesamtwirtschaftlichen Folgen, nicht unmittelbar gefährdet ist.
- 23 Für die Verhinderung von Staatsinsolvenzen ist neben der Fähigkeit auch die Bereitschaft entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen von entscheidender Bedeutung (vgl. *Reinhart/Rogoff* 2009, S. 54), womit der Prioritätensetzung durch die politische Führung eine zentrale Rolle zukommt.
- 24 Je weniger dies der Fall ist (siehe zum Problem der Zukunftsdiskontierung *Birnbacher* 2001) desto geringer dürfte auch ein möglicher positiver Demokratieeffekt ausfallen.
- 25 Verschuldung stellt dabei einen politisch zunächst sehr attraktiven Weg dar, „merkliche Ausgaben bei unmerklichen Einnahmen“ (*Weizäcker* 1992, S. 58) zu erzielen („to spend without to tax“).
- 26 „Sie ignorieren die intertemporale Budgetrestriktion der Regierung und beachten nicht, dass eine Mehrausgabe heute mit einer größeren Steuerlast morgen verbunden ist, bzw. sie unterschätzen den „Steuerpreis“ der Bereitstellung von mehr öffentlichen Gütern. Opportunistische Politiker nützen diese Situation aus und erhöhen die Staatsausgaben, um die Wähler für sich zu gewinnen. Bei fehlender Finanzierung steigen dadurch Defizite und Schulden“ (*Wenzelburger* 2010, S. 51).
- 27 So brauchen in Autokratien also nicht nur zukünftige Generationen von einer übermäßigen Verschuldungspolitik negativ betroffen sein (Problem der Zukunftsdiskontierung). Deren Folgen können in diesen Regimen auch eine Mehrheit der heutigen Bevölkerung negativ tangieren, ohne dass sie eingestellt wird (vgl. *Oatley* 2010, S. 180).
- 28 „Foresight is a politically unnatural act by elected officials who primarily focus on their next election far more than they do the fiscal prospects facing the nation 20 years from now“ (*Posner/Blöndal* 2011, S. 18).
- 29 Während Demokratien, wie weiter oben argumentiert, einen langfristig stabileren institutionellen Rahmen als Autokratien bereitstellen können, sind die politischen Prozesse, die innerhalb dieses Rahmens stattfinden, somit an einem sehr kurzen Zeithorizont ausgerichtet.
- 30 Daneben besteht für eine Regierung durch übermäßige Schuldenaufnahme in der Gegenwart auch die Möglichkeit, den Handlungsspielraum zukünftiger Regierungen (mit möglicherweise konträren politischen Prioritäten) erheblich einzuschränken (vgl. *Konrad/Zschäpitz* 2012, S. 143).
- 31 Innerhalb von Demokratien lässt sich zeigen, dass deren Lobbyarbeit (für kostenintensive Maßnahmen, beispielsweise im Sozialbereich) vor allem in der Legislative Wiederhall findet, während sich die Exekutive weit eher entziehen kann (vgl. *Rose* 2010, S. 816).

- 32 So lässt sich argumentieren, dass auch in Autokratien zahlreiche Vetospieler existieren, welche aufgrund der besonders intransparenten und undurchsichtigen Entscheidungsfindungsprozesse aber nicht immer ohne weiteres zu identifizieren sind.
- 33 Dieser Effekt wird durch das von *Wintrobe* aufgedeckte Dictator's Dilemma (*Wintrobe* 1998, 2009) noch weiter verschärft. Der Einsatz repressiver Mittel führt dabei über die Zeit zu einer verzerrten Realitätswahrnehmung durch die politische Führung, da diese nicht mehr mit verlässlichen Informationen von Seiten der Herrschaftsunterworfenen versorgt wird (unzureichende politische Feedbackschleife). Neben dem dadurch ausgelösten immer weiter voranschreitenden Ausbau des Repressionsapparats, der dabei mitunter paranoide Züge annimmt, kann dies auch sehr kostspielige wirtschafts- und finanzpolitische Fehleinschätzungen des Regimes zur Folge haben.
- 34 "The assumption is that if a dictator can't be easily removed from office, he will perform very poorly" (*Besley/Kudamatsu* 2007, S. 7; *Clark/Poast/Flores/Kaufman* 2011, S. 6).
- 35 In weiteren, im Beitrag nicht dargestellten Modellen, wurden die Ressourcenausstattung eines Landes sowie das Zinsniveau als potenzielle Einflussgrößen betrachtet, ohne dass diese aber einen signifikanten Erklärungsbeitrag liefern konnten. Während ein niedriges Zinsniveau einerseits die Rückzahlung von Schulden erleichtert, gleichzeitig aber auch Anreize für zusätzliche Neuverschuldung liefert, kann der Ressourcenreichtum eines Landes auf der einen Seite zwar zusätzliche staatliche Einnahmequellen eröffnen, auf der anderen Seite, wie die intensive Debatte um (autokratische) Rentierstaaten zeigt (vgl. exemplarisch *Haber/ Menaldo* 2011) aber auch eine besonders ineffizientes und korruptionsanfälliges Staatshandeln befördern.
- 36 Daneben wurde in ergänzenden, nicht dargestellten Modellen auch die Wirkung der Altersstruktur einer Gesellschaft als weiterer soziostrukturellen Faktor übergeprüft. Auf theoretischer Ebene lässt sich hier argumentieren, dass in einer alternden (darüber hinaus kinderärmeren) Gesellschaft, durch die Existenz mächtiger Verteilungskoalitionen der älteren Bevölkerungsgruppen (*Olson* 1982), die schwierig zu organisierenden Interessen der nachfolgenden Generation systematisch vernachlässigt werden (*Weede* 1990, schwindender intergenerationeller Altruismus) und eine hohe Seniorenquote, über steigende Sozialabgaben, zu einem vermehrten Ausgabendruck führen könnte (vgl. *Wagschal/Wenzelburger* 2008, S. 175; *Lodge/Hood* 2012). In dieser Eindeutigkeit ließ sich dies empirisch allerdings nicht nachweisen.
- 37 Neben der maximal und minimal möglichen Wertausprägung des jeweiligen Indikators sind der Mittelwert, die Standardabweichung und die Fallanzahl angegeben.
- 38 Während sie im Schnitt mehr als zwei Bewertungspunkte über dem Ratingergebnis der Autokratien liegen (Demokratien 9,89; Autokratien 7,08; Gesamtdurchschnitt 9,27), ist auch die Wahrscheinlichkeit eines Zahlungsausfalls bei Ihnen deutlich niedriger ausgeprägt (Demokratien 0,15; Autokratien 0,34; Durchschnitt 0,22) als bei Letzteren. Entsprechend fallen auch die Zusammenhangsmaße aus, wenn einfache Korrelationsberechnungen zwischen Demokratieausprägung und Kreditwürdigkeit ($r = 0,23^{***}$) beziehungsweise Demokratieausprägung und Zahlungsausfall ($r = -0,22^{***}$) zu Grunde gelegt werden.
- 39 Zu den Spitzenreitern bei den Kreditratings zählten dabei vor allem die Demokratien der OECD-Welt. Unbenommen dessen gibt es unter den demokratisch verfassten Staaten auch vereinzelte Ausreißerfälle nach unten (beispielsweise Argentinien), während einige Autokratien (Singapur, Saudi Arabien) gute Rankingergebnisse erreichen konnten.
- 40 Besonders negativ betroffen waren hier neben Ländern wie Russland, Iran, Myanmar vor allem Autokratien des afrikanischen Kontinents (beispielsweise Niger, Togo oder Kamerun) und Länder aus Mittel- und Südamerika (unter anderem Honduras, Nicaragua, Peru, Argentinien, Brasilien und Venezuela).
- 41 Während die Demokratien im Untersuchungszeitraum im Durchschnitt eine Staatsverschuldung von 55,47 Prozent ihres BIP aufwiesen, lag der Wert der Autokratien bei 69,15 Prozent des BIP (Gesamtdurchschnitt 59,93 Prozent des BIP).
- 42 So erreichten die Zivildiktaturen im Durchschnitt ebenfalls ein relativ niedriges Verschuldungsniveau und unter der Gruppe der am höchsten verschuldeten Staaten (Staatsverschuldung über 100 Prozent des BIP) finden sich nicht wenige demokratische Industriestaaten (wie Japan, Griechenland, Italien und Belgien). Der Zusammenhang zwischen Demokratieausprägung und Staatsverschuldung fällt mit $r = -0,14^{**}$ dann auch entsprechend weniger stark aus.
- 43 So übertraf nicht nur die durchschnittliche Auslandverschuldung der Demokratien die der Autokratien (Demokratien 16,41; Autokratien 12,49; Gesamtdurchschnitt 14,62), auch scheinen Diktaturen bei der Akkumulation von Auslandsvermögen in der Vergangenheit erfolgreicher gewesen zu sein (Demokratien 4,71; Autokratien 9,33; Gesamtdurchschnitt 6,58). Entsprechend ergeben sich Zusammenhangsmaße zwischen Demokratieausprägung und Auslandsverschuldung ($r = 0,04^*$), beziehungsweise Demokratieausprägung und Auslandsreserven ($r = -0,07^{***}$).

- 44 Alle Erklärungsvariablen wurden dabei mit einer Zeitvarianz von einem Jahr (T-1) berücksichtigt. Um eine Autokorrelation der Residuen zu verhindern, wurde in alle Modelle neben einer Zeitvariablen eine Lagged Dependent Variable (LDV-Modelle) inkludiert, womit sich das relativ hohe korrigierte R² der Modelle erklärt. Die Kernergebnisse bleiben allerdings auch dann erhalten, wenn Nicht-LDV-Modelle herangezogen werden. Alle Modelle wurden auf Heteroskedastizität, Multikollinearität und Nicht-Normalverteilung der Störgrößen hin überprüft.
- 45 Auch wenn der Faktor sehr knapp das geforderte Signifikanzniveau verfehlt.
- 46 In allen dargestellten Modellen wurden, um eine zu starke Multikollinearität zu vermeiden, die Regimesubtypen parlamentarische Demokratie und Militärdiktatur ausgeschlossen. Wenn die parlamentarischen Regime in ein Regressionsmodell inkludiert werden, lässt sich für sie jedoch ein signifikanter Effekt in Richtung einer geringeren Zahlungsausfallneigung feststellen.
- 47 Demokratische Teilhabemöglichkeiten scheinen somit keinen signifikant positiven Einfluss bei der Eindämmung von Staatsverschuldung zu haben. Vgl. zu ähnlichen Ergebnissen auch *Lafferty* 2006 und *Wurst* 2011.
- 48 Ein Stern steht für ein Signifikanzniveau von 90 Prozent, zwei für eines von 95 Prozent und drei für eines von 99 Prozent. Im linken oberen Feld zur jeweiligen Variable stehen der partielle Regressionskoeffizient, daneben in Klammern der Standardfehler der Schätzung und im rechten Feld der standardisierte partielle Regressionskoeffizient.
- 49 Während die Auslandsverschuldung eines Landes bei hohem wirtschaftlichem Entwicklungsniveau und insbesondere bei hoher Wachstumsdynamik tendenziell geringer ausfällt, spielt für die Akkumulation von Auslandsreserven offenbar die Größe eines Landes sowie eine geringe Kriegs Betroffenheit eine wichtige Rolle. Überraschenderweise sind dagegen weder ein positives Leistungsbilanzsaldo noch eine hohe Exportquote signifikant positiv mit der Bildung von Auslandreserven verknüpft.
- 50 So kann gezeigt werden, dass Demokratien beispielsweise signifikant mehr in ihre Gesundheitssysteme ($r = 0,40^{***}$), sowie ihre Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur investieren ($r = 0,34^{***}$), während die Autokratien (und hier insbesondere die Militärdiktaturen) deutlich mehr für militärische Zwecke ausgeben ($r = -0,22^{***}$, die Daten für alle genannten Größen entstammen *The World Bank* 2012). Diese genannten Zusammenhänge zwischen Regimetypausprägung und einzelnen Ausgabenbereichen bleiben dabei auch dann robust, wenn sie unter Berücksichtigung aller in Tabelle 2 genannten Kontrollgrößen im Rahmen multivariater Regressionsberechnungen überprüft werden.
- 51 Die aus den theoretischen Überlegungen abgeleitete Hypothese 1 wird somit bestätigt, während dieses für Hypothese 2 nicht zutrifft.
- 52 Die in Hypothese 3 erwarteten Unterschiede zwischen den Regimesubtypen lassen sich dann auch nur im Hinblick auf die Zahlungsausfallwahrscheinlichkeit in vermuteter Richtung nachweisen.

Literatur

- Baker, Bruce/Besendorfer, Daniel/Kotlikoff, Laurence J.*, 2002: Intertemporal State Budgeting, in: <http://www.kotlikoff.net/sites/default/files/ISB6-4-02.pdf>, Zugriff am 28.06.2012.
- Balkan, Erol M./Greene, Kenneth V.*, 1990: On democracy and debt, in: *Public Choice* 67, S. 201-211.
- Beaulieu, Emily/Cox, Gary W./Saiegh, Sebastian M.*, 2011: Sovereign debt and regime type: Re-considering the democratic advantage, in: <http://www.martin.uky.edu/workshops/Papers/Beaulieu0330.pdf>, Zugriff am 14.03.2012.
- Beaulieu, Emily/Cox, Gary W./Saiegh, Sebastian M.*, 2012: Replication data for: Sovereign debt and regime type: Re-considering the democratic advantage, in: <http://hdl.handle.net/1902.1/17458UNF:5:aq2nMTz6ou8Lh9ZDixvSTA>, Zugriff am 14.03.2012.
- Becker, Andreas*, 2003: Generationengerechte Finanzpolitik, in: Tremmel, Jörg, *Handbuch Generationengerechtigkeit*, 2. überarbeitete Auflage, München: ökom Verlag.
- Besley, Timothy J./Kudamatsu, Masayuki*, 2007: Making Autocracy Work. CEPR Discussion Paper Nr. DP6371.
- Birnbacher, Dieter*, 2001: Lässt sich die Diskontierung der Zukunft rechtfertigen?, in: *Birnbacher, Dieter/Brudermüller, Gerd* (Hrsg.), *Zukunftsverantwortung und Generationensolidarität*, Würzburg: Königshausen & Neumann, S. 117-136.

- Blanchard, Olivier/Chouraqi, Jean-Claude/Hagermann, Robert P./Sartor, Nicola*, 1990: The Sustainability of Fiscal Policy: New Answers to an Old Question, OECD Economic Studies 15, in: <http://www.oecd.org/dataoecd/50/21/34288870.pdf>, Zugriff am 08.03.2012.
- Blankart, Charles, B.*, 2009: Wie viel Schulden dürfen wir den nachfolgenden Generationen überlassen?, in: Goldschmidt, Nils, Generationengerechtigkeit, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 205-224.
- Boettcher, Florian/Tremmel, Jörg*, 2005: Generationengerechtigkeit in der Finanzverfassung, SRzG-Studien Nr. 1/2005, Oberursel.
- Brümmerhoff, Dieter*, 2011: Finanzwissenschaft, 10. Aufl., München: Oldenbourg, S. 627-678.
- Bueno de Mesquita, Bruce/Morrow, James D./Siverson, Randolph/Smith, Alastair*, 2002: Political Institutions. Policy Choice and the Survival of Leaders, in: British Journal of Political Science, 2002, S. 559-590.
- Bueno de Mesquita, Bruce/Siverson, Randolph/Morrow, James D./Smith, Alastair*, 2003: The Logic of political survival, Cambridge: MIT Press.
- Brooker, Paul*, 2009: Non-democratic Regimes, Basingstoke: Houndmills.
- Chalk, Nigel A.*, 2000: The sustainability of bond-financed deficits: An overlapping generations approach, in: Journal of Monetary Economics 45, S. 293-328.
- Cheibub, José Antonio/Gandhi, Jennifer/Vreeland, James Raymond*, 2009a: Democracy and dictatorship revisited, in: Public Choice, 143, S. 67-101.
- Cheibub, José Antonio/Gandhi, Jennifer/Vreeland, James Raymond*, 2009b: Democracy and dictatorship revisited Codebook, in: https://netfiles.uiuc.edu/cheibub/www/DD_page.html. Zugriff am 03.04.2012.
- Clark, William Robert/Poast, Paul/Flores, Thomas/Kaufman, Robert R.*, 2011: Why some Autocracies perform so well, unveröffentlichtes Manuskript.
- Churchill, Winston S.*, 1974: Winston S. Churchill: His Complete Speeches. 1897-1963, Vol. VII 1943-1949, New York/London: Chelsea House.
- Croissant, Aurel*, 2010: Analyse defekter Demokratien, in: *Schrenk, Klemens H./Soldner, Markus* (Hrsg.), Analyse demokratischer Regierungssysteme. Festschrift für Wolfgang Ismayr zum 65. Geburtstag, Wiesbaden: VS Verlag, S. 93-114.
- Enderlein, Henrik/Müller, Laura/Trebesch, Christoph*, im Erscheinen: Sovereign Debt Disputes: A Database on Government Coerciveness in Sovereign Debt Crises, in: Journal of International Money and Finance.
- Gandhi, Jennifer*, 2008: Political Institutions under Dictatorship, Cambridge: Cambridge University Press.
- Gérard, Marcel/Ruiz, Fernando M.M.*, 2009: Corporate Taxation and the Impact of Governance, Political and Economic Factors, CESifo Working Paper No. 2904.
- Grunwald, Armin/Kopfmüller, Jürgen*, 2006: Nachhaltigkeit, Frankfurt/Main: Campus.
- Haber, Stephen/Menaldo, Victor*, 2011: Do natural resources fuel authoritarianism? A reappraisal of the resource curse, in: American Political Science Review, Vol. 105, No. 1, S. 1-26.
- Hansmann, Marc*, 2012: Vor dem dritten Staatsbankrott? Der deutsche Schuldenstaat in historischer und internationaler Perspektive, München: Oldenbourg Verlag.
- Hauff, Volker* (Hrsg.), 1987: Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der WCED, Greven: Eggenkamp Verlag.
- Heinze, Rolf G.*, 2009: Rückkehr des Staates? Politische Handlungsmöglichkeiten in unsicheren Zeiten, Wiesbaden: VS Verlag.
- Hiß, Stefanie/Nagel, Sebastian*, 2012: Ratingagenturen zwischen Krise und Regulierung, Baden-Baden: Nomos.
- Höffe, Otfried*, 2009: Ist die Demokratie zukunftsfähig? Über moderne Politik, München: Beck C. H.
- Hollyer, James R./Rosendorff, B. Peter/Vreeland, James Raymond*, 2011: Democracy and Transparency, in: The Journal of Politics, 73, S. 1191 - 1205.
- I Miquel, Gerard Padró*, 2007: The Control of Politicians in Divided Societies: The Politics of Fear, in: Review of Economic Studies 74(4), S. 1259-1274.
- Keefer, Philip*, 2007: The Poor Performance of Poor Democracies, in: Boix, Carles/Stokes, Susan C. (Hrsg.), The Oxford Handbook of Comparative Politics, Oxford/New York: Oxford University Press, S. 886-909.
- Kielmansegg, Peter Graf*, 2003: Können Demokratien zukunftsverantwortlich handeln?, in: Merkur Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, 57 Jg., Heft 7, S. 583-594.

- Konrad, Kai A./Zschäpitz, Holger, 2012: *Schulden ohne Sühne? Was Europas Krise uns Bürger kostet*, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Kotlikoff, Laurence J./Burns, Scott, 2012: *The Clash of Generations Saving Ourselves, Our Kids, and Our Economy*, London: The MIT Press.
- Lafferty, William M. (Hrsg.), 2006: *Governance for Sustainable Development: The Challenge of Adapting Form to Function*, Cheltenham: Edward Elgar.
- Linz, Juan J., 1998: *Democracy's Time Constraints*, in: *International Political Science Review*, 19, S. 19-37.
- Lodge, Martin/Hood, Christopher, 2012: *Into an Age of Multiple Austerities? Public Management and Public Service Bargains across OECD Countries*, in: *Governance: An International Journal of Policy, Administration, and Institutions*, Vol. 25, No. 1, S. 79-101.
- Merkel, Wolfgang, 2010: *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Moog, Stefan/Raffelhüschchen, Bernd, 2011: *Ehrbare Staaten? Tatsächliche Staatsverschuldung im Vergleich, Argumente zur Marktwirtschaft und Politik*, Nr. 115, Stiftung Marktwirtschaft.
- Oatley, Thomas, 2010: *Political Institutions and Foreign Debt in the Developing World*, in: *International Studies Quarterly*, 54, S. 175-197.
- Olson, Mancur, 1982: *The Rise and Decline of Nations. Economic Growth, Stagflation, and Social Rigidities*, New Haven: Yale University Press.
- Olson, Mancur, 1993: *Dictatorship, Democracy and Development*, in: *American Political Science Review*, 87, S. 567-576.
- Posner, Paul/Blöndal, Jón, 2011: *Democracies and Deficits: Prospects of Fiscal Responsibility in Democratic Nations*, in: *Governance: An International Journal of Policy, Administration, and Institutions*, Vol. 25, No. 1, S. 11-34.
- Reinhart, Carmen M./Rogoff, Kenneth S., 2009: *This time is different. Eight centuries of financial folly*, Princeton, Oxford: Princeton University Press.
- Rogall, Holger, 2004: *Ökonomie der Nachhaltigkeit Handlungsfelder für Politik und Wirtschaft*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 23-38.
- Roller, Edeltraud, 2002: *Leistungsprofile von Demokratien. Eine theoretische und empirische Analyse für westliche Demokratien. 1974-1995*, in: *Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud/Wessels, Bernhard* (Hrsg.), *Bürger und Demokratie in Ost und West: Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess. Festschrift für Hans-Dieter Klingemann*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 547-571.
- Roller, Edeltraud, 2004: *Performanz*, in: *Göhler, Gerhard/Iser, Mattias/Kerner, Ina* (Hrsg.), *Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung*, Wiesbaden: UTB, 297-314.
- Roller, Edeltraud, 2005: *The Performance of Democracies Political Institutions and Public Policies*, übersetzt von John Bendix, Oxford/New York: Oxford University Press.
- Roller, Edeltraud, 2012: *Performance, Legitimacy, and Regime Type: Preliminary Reflections on Emerging Research Programs Comparing Democracy, Autocracy, and Varieties of Autocracy*, Workshop über „Varieties of Autocracy – Institutions, Performance, and Survival“, Institut für Politische Wissenschaft, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, 2.-3. März 2012.
- Rose, Shanna, 2010: *Institutions and fiscal sustainability*, in: *National Tax Journal*, 63 (4, Part 1), S. 807-838.
- Ross, Michael, 2006: *Is Democracy Good for the Poor?*, in: *American Journal of Political Science*, 50, S. 860-874.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2007: *Staatsverschuldung wirksam begrenzen. Expertise im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie*, Wiesbaden, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung/ Statistisches Bundesamt.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung/Conseil d'Analyse économique, 2010: *Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Ein umfassendes Indikatorensystem. Expertise im Auftrag des Deutsch-Französischen Ministerrates*, in: http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Expertisen/2010/ex10_de.pdf, Zugriff am 08.03.2012.

- Schmidt, Manfred G.*, 2010: *Demokratiethorien. Eine Einführung*, Opladen: VS Verlag.
- Schultz, Kenneth A./Weingast, Berry R.*, 2003: The Democratic Advantage: Institutional Foundations of Financial Power in International Competition, in: *International Organization*, 57, Winter 2003, S. 3-42.
- Schwank, Nicolas et al.*, 2012: CONIS -affected countries 1945–2008, in: www.conis.org, Zugriff am 23.03.2012.
- Süssmuth, Bernd/Weizäcker, Robert K.*, 2006: Institutional determinants of public debt: a political economy perspective, in: *Tremmel, Jörg* (Hrsg.), *Handbook of Intergenerational Justice*, Cheltenham, Northampton: Edward Elgar.
- The World Bank*, 2012: The World at a Glance, in: <http://data.worldbank.org/>, Zugriff am 02.02.2012.
- Tocqueville, Alexis de*, 1951: *De la démocratie en Amérique*, Paris: Gallimard.
- Von Hauff, Michael/Kleine, Alexandro*, 2009: *Nachhaltige Entwicklung Grundlagen und Umsetzung*, München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Wagner, Adolph*, 1893: *Grundlegung der politischen Ökonomie. Teil 1. Grundlagen der Volkswirtschaft*, Leipzig: C.F. Winter'sche Verlagshandlung.
- Wagschal, Uwe*, 2006: Wer ist schuld an den Schulden? Zur Politischen Ökonomie der Staatsverschuldung, in: *Obinger, Herbert/Wagschal, Uwe/Kittel, Bernhard* (Hrsg.), *Politische Ökonomie. Demokratie und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 289-320.
- Wagschal, Uwe/Jäkel, Tim*, 2010: Öffentliche Finanzen im Stresstest – Policy-Reaktionen auf die Finanz- und Wirtschaftskrise, in: *der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, Heft 2/2010, S. 295-320.
- Wagschal, Uwe/Wenzelburger, Georg*, 2008: *Haushaltskonsolidierung*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Ward, Robert B./Dadayan, Lucy*, 2009: State and Local Finance: Increasing Focus on Fiscal Sustainability, in: *Publius: The Journal of Federalism*, Vol. 39, No. 3, S. 455-475.
- Weede, Erich*, 1990: *Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Zur Soziologie der kapitalistischen Marktwirtschaft und der Demokratie*, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Weizäcker, Robert K. von*, 1992: Staatsverschuldung und Demokratie, in: *KYKLOS*, Vol. 45, S. 51-67.
- Weizäcker, Robert K. von*, 2009: *Repräsentative Demokratie und öffentliche Verschuldung: Ein strategisches Verhängnis*, München: Technische Universität München.
- Wenzelburger, Georg*, 2010: *Haushaltskonsolidierungen und Reformprozesse. Determinanten, Konsolidierungsprofile und Reformstrategien in der Analyse*, Münster: LIT Verlag.
- Wintrobe, Roland*, 1998: *The Political Economy of Dictatorship*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Wintrobe, Roland*, 2009: Dictatorship: Analytical Approaches, in: *Boix, Carles/Stokes, Susan C.* (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Comparative Politics*, Oxford/New York: Oxford University Press, S. 363-394.
- Wurster, Stefan*, 2010: *Zukunftsvorsorge in Deutschland. Ein Vergleich der Bildungs-, Forschungs-, Umwelt- und Energiepolitik*, Baden-Baden: Nomos, zugl. Diss. Universität Heidelberg.
- Wurster, Stefan*, 2011: Sustainability and Regime Type. Do Democracies Perform Better in Promoting Sustainable Development than Autocracies?, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften*, 9. Jg., Heft 4, S. 538-559.
- Zohlnhöfer, Reimut*, 2009: *Globalisierung der Wirtschaft und finanzpolitische Anpassungsreaktionen in Westeuropa*, Baden-Baden: Nomos.

Anschrift des Autors:

Dr. Stefan Wurster, Universität Heidelberg, Institut für Politische Wissenschaft, Bergheimer Straße 58, 69115 Heidelberg

E-Mail: stefan.wurster@ipw.uni-heidelberg.de